

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

BMB-10.000/0180-Präs.3/2017

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 12872/J-NR/2017 betreffend Aufwertung des Themas Flucht und Vertreibung ab 1944 in den österreichischen Schulen, die die Abg. Anneliese Kitzmüller, Kolleginnen und Kollegen am 28. April 2017 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 18:

- *Wird seitens Ihres Ministeriums eine erhöhte Einbindung des Themas Vertreibung der Altösterreicher deutscher Muttersprache und deren Leistungen beim Wiederaufbau der Republik Österreich in den Schulunterricht angedacht?*
- *Falls nein, warum nicht?*
- *Falls ja, mit welchen Projekten, Informationsveranstaltungen usw. beabsichtigen Sie dies zu tun?*
- *Ist seitens Ihres Ministeriums eine Kontaktaufnahme mit den zuständigen Behörden, Institutionen, Einrichtungen usw. bezüglich des oben genannten Themas angedacht?*
- *Falls nein, warum nicht?*
- *Falls ja, mit welchen Behörden, Institutionen, Einrichtungen usw. genau beabsichtigen Sie Kontakt aufzunehmen?*
- *Ist seitens Ihres Ministeriums die Einbindung von Zeitzeugen in den Schulunterricht angedacht?*
- *Falls nein, warum nicht?*
- *Falls ja, in welchem Rahmen sollen die Zeitzeugen in den Schulunterricht eingebunden werden?*
- *Besteht seitens Ihres Ministeriums ein „Zeitplan“ für die oben genannte Thematik?*
- *Falls nein, warum nicht?*
- *Falls ja, wo genau kann dieser eingesehen werden?*
- *Steht Ihr Ministerium in Verbindung mit der Interessensgemeinschaft der Vertriebenen (VLÖ Verband der Landsmannschaften Österreichs) bezüglich einer Zusammenarbeit?*
- *Falls nein, warum nicht?*
- *Falls ja, seit wann stehen Sie mit dem oben genannten Verband in Verbindung?*
- *Falls nein, wird sich Ihr Ministerium mit dem oben genannten Verband in Verbindung setzen?*

- *Falls nein, warum nicht?*
- *Falls ja, wann genau wird sich Ihr Ministerium mit dem oben genannten Verband in Verbindung setzen?*

Grundsätzlich wird darauf hingewiesen, dass Erinnerungskultur und eine adäquate Thematisierung der Geschichte der Vertreibung unter diversen Aspekten in einer Reihe neuer Lehrpläne der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in den Gegenständen „Geschichte und Sozialkunde/Politische Bildung“ aufgenommen wurden. Dazu wird auf die im Rechtsinformationssystem des Bundes öffentlich abrufbaren Lehrpläne verwiesen.

Darüber hinaus obliegt die Umsetzung und Ausgestaltung der Erinnerungskultur bzw. Thematisierung der jeweiligen Handelnden in Vergangenheit und Gegenwart sowie die Auswahl der im Unterricht zum Einsatz kommenden geeigneten Methoden (Zeitzeugenbesuche, Filme, Zeitungsartikel, Archivmaterial, Handreichungen, etc.) den jeweiligen Lehrkräften am Schulstandort. Derartiges ist keine zentralisierte Verantwortung, sondern eine gegebene Zuständigkeit vor Ort. Weitergehende Maßnahmen seitens des Bundesministeriums für Bildung sind im Hinblick auf dessen Ingerenz nicht angedacht.

Durch die Verankerung der angesprochenen Thematik sind sowohl in der Sekundarstufe I als auch in den weiterführenden Schulformen ausreichend Lehrplanbezüge gegeben, um sich mit den unterschiedlichen Aspekten von Flucht und Vertreibung im Unterricht auseinanderzusetzen.

Wien, 28. Juni 2017
Die Bundesministerin:

Dr.ⁱⁿ Sonja Hammerschmid eh.

